

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

5.12.1930 (No. 284)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 24 RM, einsemestrig 12 RM, Einzelhefte 1 RM. — Anzeigengebühren: 14 RM für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. — Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. — Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, etwaiger Weigerung und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Raub, Brand, Verhaftung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Verleger, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zuspitzung der Situation

Der Reichskanzler an den Reichstag

M. Berlin, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler hat heute vormittag sich zum Reichspräsidenten beggeben, um ihm über die politische Gesamtlage Vortrag zu halten, die sich dadurch kompliziert hat, daß bereits gestern im Reichstag von fast allen Parteien Abänderungswünsche zur Notverordnung eingebracht wurden, woraus sich ein Ausbrechen der einen oder anderen Fraktion als möglich ergab. Auf Grund dieser Besprechung ergriff der Reichskanzler mittags im Reichstag das Wort, um noch einmal auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Man nimmt auch an, daß der Reichskanzler für den äußersten Fall gewisse Vollmachten vom Reichspräsidenten erhalten hat.

Zu seinen Ausführungen waren die immer erneuten Mahnungen an das Landvolk beachtenswert, das ihm gestern die Gefolgschaft ausgedrückt hat. Dabei versuchte er dem Abgeordneten Verete klar zu machen, daß die in der Notverordnung enthaltenen Zollerhöhungen auf parlamentarischer Grundlage gar nicht durchzuführen wären. Interessant war die Mitteilung, daß die Spikengehälter auch bei der Reichsbahn und der Reichsbank um 20 Proz. gesenkt werden, und zwar freiwillig, und daß eine entsprechende Kürzung der Leistungszulagen eingetreten ist. Der Kanzler schloß mit etwas dunklen Worten, es stehe hinter dieser Notverordnung, die ja nur ein Anfang sei, weit mehr auf dem Spiele als der Reichstag offenbar glaube. Auch Staatssekretär Meißner war als Vertreter des Reichspräsidenten bei diesen Ausführungen zugegen.

In einzelnen führte der Reichskanzler noch u. a. aus: Es hat sich im Lande eine erfreuliche Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit an den Plänen der Reichsregierung gezeigt. Das gilt auch für die Preisentlastungsaktion. Würde sich die Preisentlastungsaktion noch mehrere Wochen hinziehen, dann bestände allerdings für die Wirtschaft die Gefahr, daß die Käuferseits sich hart zurückhalten. Die Reichsregierung wird selbst öffentlich erklären, wann sie glaubt, ihr Ziel bei der Preisentlastung erreicht zu haben. Augenblicklich ist dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen. Abg. Drewnitz hat erklärt, die Notverordnung könne die Wirtschaft nicht voll befriedigen. Die Reichsregierung hat aber nie ein Gehl daraus gemacht, daß die Notverordnung nur einen Anfang darstellt und daß weitere Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft folgen sollen.

Die Regierung hat mit den Parteien Fühlung genommen und hat zu einem hohen Prozentsatz die Wünsche der Parteien verwirklicht. Die letzten 10 Proz., die in der neuen Notverordnung nicht verwirklicht sind, würden weder auf diesem noch auf dem normalen parlamentarischen Wege zu verwirklichen sein. Parteiforderungen können überhaupt nicht 100prozentig erfüllt werden, auch Ihre nicht (zu den Nationalsozialisten). Gerade die Kritik der Landvolkpartei an dem Inhalt der Notverordnung hätte bedenken müssen, daß bei einer Einzelabstimmung die Maßnahmen für die Landwirtschaft zu kurz gekommen wären. Es kommt mir aber so vor, als ob einzelne Parteien nur das in Notverordnungen niederzulegen wissen wollen, was ihnen besonderen Interessen entspricht. Das aber ist ebenso unmöglich, wie es sich als unmöglich zeigte, vor Erlass der Notverordnung eine parlamentarische Mehrheit auf ihren Inhalt zu einigen. Man muß auch bedenken, daß das Interesse der Landwirtschaft nicht allein auf hohe Bälle gerichtet ist (Schr. wohl in der Mitte). In den Zollerhöhungen sind wir bereits sehr weit gegangen.

Es gibt wohl wenig Länder, die eine derartig erfolgreiche Politik für die Landwirtschaft getrieben haben wie wir (Widerstand rechts). In dem Augenblick aber, in dem wir jetzt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf einer gewissen Höhe stabilisieren wollen, stehen wir zugleich vor einer Weltwirtschaftskrise, die nicht so ohne weiteres zu überwinden ist.

Der Reichskanzler erklärte weiter: Es ist meine Pflicht, in dieser ersten Stunde Sie zu bitten, die Notverordnung so, wie sie ist, anzunehmen bzw. nicht aufzuheben (Anruhe und Zurückhaltung bei den Kommunisten und Nationalsozialisten) und die Entscheidung ehestens zu fällen. Seien Sie sich Ihrer großen Verantwortung bewußt (Anruhe bei den Kommunisten: Fort mit der Hungerregierung!). Stellen Sie Ihre Kritik in dieser ersten Stunde zurück. Sie wissen nicht, wenn etwa Dinge zum Scheitern kommen sollten, was hinter diesem Scheitern stehen kann! (Anruhe bei den Kommunisten: Die Diktatur!)

Mit erhobener Stimme sagte der Kanzler zum Schluß: Sie tragen eine furchtbare Verantwortung. Ich bin der Überzeugung, daß es genügt, die Parteien daran erinnert zu haben, um Ihnen den Mut zur Beschließung jener Maßnahmen zu geben, die heute für Volk und Vaterland notwendig sind (Weißfall in der Mitte).

Der Reichspräsident hat heute mittag nach dem Vortrag des Reichskanzlers das Rücktrittsgesuch des der Wirtschaftspartei angehörenden Finanzministers Dr. Wredt genehmigt. Die amtliche Mitteilung darüber soll erst am Nachmittag erfolgen. Gestern wurde auch behauptet, daß der

Letzte Nachrichten

Anträge zur Außenpolitik

BDZ. Berlin, 5. Dez. (Tel.) Im Reichstag beantragten die Deutschnationalen, sofort die völkerechtlich zulässigen Gegenmaßnahmen gegen Polen zu ergreifen und dafür einzutreten, daß den durch die polnischen Greuel betroffenen Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit der erlittenen Schäden ersetzt und ihnen auch ein Schmerzensgeld gewährt wird. Weiter wird die sofortige Aufstellung eines ausreichenden Grenzschutzes gefordert und an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, Schritte zu ergreifen, um das Anrecht Deutschlands auf Rückgabe der geraubten Ostmarken geltend zu machen.

Die Anklagerede im Moskauer Prozeß

W. W. Moskau, 5. Dez. (Tel.) Im Prozeß gegen die Angehörigen der Industriepartei hielt nach Abschluß der Vernehmungen der öffentlichen Anklager, Krenkows, die Anklagerede und führte nach dem Bericht der Telegrammenagentur der Sowjetunion u. a. aus, daß man Spionage auch im Schacht-Prozeß gehabt habe. Jetzt jedoch handele es sich schon um die Durchführung von Operationen des Gegners. Man stehe vor einer Vereinigung sämtlicher gegenrevolutionärer Kräfte zum Zwecke der Vernichtung der Sowjetunion und zur Erfüllung unmittelbarer Verbindungen mit den Interventionisten-Organisationen Westeuropas.

Ein Skandal bei den Ver. Elektrizitätswerken Westfalen

Zwei Generaldirektoren zur Disposition gestellt

Der Aufsichtsrat der Ver. Elektrizitätswerke in Dortmund beschloß sich mit den Vorwürfen, die gegen die beiden Generaldirektoren Dr. Krone und Dr. Fischer erhoben worden sind. Wie verlautet, haben sich durch riesige Stillstandskosten beider Generaldirektoren und durch unwirtschaftliche Geschäftsführung Verluste ergeben, aus denen die außerordentlich schlechte Finanzlage der Ver. Elektrizitätswerke resultieren soll. Bei den Spekulationsgeschäften soll es sich um Beträge von mehreren Millionen handeln, von denen insgesamt 1,2 Millionen Reichsmark als verloren zu betrachten seien.

Die Geschäfte wurden zum Teil auf eigenen Namen, zum Teil durch Rechnung auf Ver. Elektrizitätswerke durch eine Berliner Bank ausgeführt. Zur Erriechung von zwei Villen für die beiden Generaldirektoren sollen diese Darlehen vom Aufsichtsrat zu stark verbilligtem Zinsfuß erhalten und schließlich die Bausumme auf über 500 000 M und über 700 000 M haben anwachsen lassen. Zur Zeit unterliegen die Verhältnisse einer eingehenden Prüfung durch beteiligte Banken. Die beiden Generaldirektoren sollen vorläufig zur Disposition gestellt worden sein.

Wie von unterrichteter Seite weiter noch verlautet, vermutet man, daß sich im Laufe der Untersuchungen die Summen, mit denen die beiden Generaldirektoren gearbeitet haben, noch um ein Mehrfaches erhöhen und die Verluste sich entsprechend höher stellen werden.

Als Folge der Wirtschaftskrise soll jetzt der Zusammenschluß mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen, der von dieser Gesellschaft schon seit Jahren angestrebt wird, nicht mehr zu umgehen sein. Der Verwaltungsausschuß genehmigte zunächst eine Betriebsgemeinschaft mit der RWG, die mit dem 1. Januar 1931 beginnen soll. Diese Neuregelung bedarf noch der Zustimmung des für heute einberufenen Aufsichtsrates.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hielt am Donnerstag ihre 100. Vorstandssitzung ab. Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald benutzte diese Gelegenheit, um der Reichsanstalt seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Ein Schlichter im Reichsbahnenkonflikt

Zu dem Konflikt bei der Reichsbahn, bei dem die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, während die Hauptverwaltung an der zusätzlichen Arbeitszeit von 8 1/2 und 9 Stunden festhält, hat der Reichsarbeitsminister den bekannten Dr. Witters aus Bremen zum Schlichter bestellt.

Strafanzeige gegen einen Reichstagsabgeordneten?

Der Vorstand der Deutscher Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei beschloß, eine Anzeige gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seger aus Dehsau wegen Landesverrats zu erwirken, der in einigen Auftrügen Segers über die Reichswehr und die Junferswerke erlitten wird.

Der bayrische Wahlrechtsentwurf

Der bayrische Wahlrechtsentwurf ist dem Landtag zugegangen. Er bringt die Einteilung des Landes in acht Wahlkreise (die Regierungsbezirke) und die Zuweisung einer bestimmten Zahl von Abgeordneten auf jeden dieser Wahlkreise, ferner die Verbeibehaltung von Landesmandaten als Wahlstimmenmandate und schließlich ein beschiedenes Augenmaß an die bisher von Mandaten ausgeschalteten kleineren Parteien.

Reichspräsident sehr verstimmt gegen die Wirtschaftspartei sei, weil er in ihrem Verhalten, ähnlich wie es bei anderen Parteien der Fall war, einen Eingriff in seine verfassungsmäßigen Befugnisse sieht. Außerdem wurden heute an der Börse Gerüchte verbreitet, daß auch der Reichsernährungsminister Schiele um seine Entlassung nachgesucht habe. Eine Befristung dafür war aber nicht zu erhalten, doch fiel es heute auf, daß Herr Schiele nicht auf der Regierungsbank saß, als der Kanzler das Wort ergriff.

Wirtschaftliche Umschau

Die Notwendigkeit der Senkung der Preise und Selbstkosten — Konkurrenten des Benzinmotors

Die Bestrebungen auf Preisabbau in Deutschland sind in erster Linie durch die Krise in der Weltwirtschaft bedingt und den immer stärker gewordenen Konkurrenzkampf der einzelnen Volkswirtschaften untereinander. Es handelt sich zunächst um die rechtzeitige Anpassung des deutschen Preisniveaus an das der anderen Länder und des weiteren dann um den Versuch, in Deutschland so zu produzieren, daß wir im Kampf um den Absatz durch unsere Preise womöglich noch einen Vorsprung erreichen. Das kann man bei dem heutigen engen Zusammenhang der öffentlichen Wirtschaft (und der öffentlichen Lasten) mit der privaten Wirtschaft nicht einfach den „Gesetzen der Entwicklung“ überlassen, denn wenn der Staat seine Gesetzgebung nicht den Erfordernissen der Wirtschaftslage anpaßt, fehlt Deutschland die Vorbedingung, auf dem Markt entsprechend den Notwendigkeiten der Zeit aufzutreten. Jeder Staatsbürger muß ferner diese Notwendigkeiten erkennen, da sich Löhne und Preise eben heutzutage nicht mehr allein durch Angebot und Nachfrage regeln, sondern leider durch politische und kartellmäßige Einflüsse mitbestimmt werden. Es handelt sich deshalb nicht um eine „Lohnabbauhebe“ oder „Preisabbauhebe“, um mit manchen Interessentenorganisationen zu sprechen, sondern um die öffentliche Vorbereitung und Propagierung einer im Interesse der nationalen Selbsterhaltung unbedingt notwendigen Aktion.

Deutschland ist in der indermäßigen Senkung seiner Preise sogar noch gegenüber wichtigen Ausfuhrländern zurückgeblieben. Dies geht daraus hervor, daß bei uns der Großhandelsindex sich vom Oktober 1929 bis Oktober 1930 von 137 auf 120 Proz. senkte (26. Nov. 119,5 Proz.), in England in der gleichen Zeit von 136 auf 113, in der Schweiz von 142 auf 122, in Italien von 470 auf 387, in Amerika von 143 auf 125. Auch der Reichsbankpräsident, Dr. Luther, hat kürzlich in einer Rede vor dem Reichsverband der deutschen Industrie betont, daß unsere wirtschaftlichen Zukunftsaussichten von dem Grade abhängen, in dem es uns gelingt, durch Senkung der Produktionskosten und Preise möglichst vor den andern neue Ufer zu erreichen! Eine Aktion in dieser Richtung ist sicher nur bei vorzüglicher und dauernder Abwägung aller Faktoren erfolgreich und wirkungsvoll. Eine stetige und sorgfältige Beobachtung der Entwicklung im einzelnen ist dazu erforderlich. Die in Baden erfolgte Bildung eines Preisprüfungsausschusses des Staatlichen Landesamtes schafft bei uns ein Instrument dazu.

Zur organisatorischen Vorbereitung wird aber auch eine moralische kommen müssen. In wirkungsvoller Weise wird hier das Vorbild der öffentlichen Wirtschaft wirken, da die öffentlichen Lasten und Tarife einen sehr wesentlichen Faktor der Selbstkosten ausmachen, und weil man außerdem das, was man von der privaten Wirtschaft im Interesse des Ganzen verlangt, auch selbst tun muß. Eine Senkung der Selbstkosten ist nicht denkbar ohne Opfer der Einzelnen. Wird der Arbeitnehmer in Handel und Industrie durch die Lohnabbauaktion erfaßt, so kann auch der Beamte nicht davon ausgeschlossen werden. Verlangt man von der Wirtschaft schärfste Rationalisation, so müssen sich auch die öffentlichen Stellen mit ihrer Ausgabenbearbeitung in gleicher Weise einrichten. Sie müssen auch ihre Betriebe und Verwaltungen rationalisieren und können gar nicht an der Forderung vorbegehen, zu große und nicht ausgenutzte Personalapparate abzubauen. Vor einem ist freilich zu warnen: vor Überreibungen und übertriebenen Erwartungen, beim Lohnabbau, beim Lohnabbau wie beim Preisabbau. Den Eigengesetzen der Wirtschaftsentwicklung kann man ohne schweren Schaden nicht Gewalt antun. Alles entwickelt sich zunächst aus dem Verhältnis von Rohstoffpreisen, Löhnen, öffentlichen Lasten, Leistung, Zinshöhe und Absatz, soweit nicht eben dieses Gesetz zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft künstlich gestört ist oder wird. Gleichmäßig und radikal lassen sich hier nicht Senkungen diktiert, und dauernder Ausgleich ist notwendig, um das Gleichgewicht immer wieder zu erreichen, dann kann sich auch der Erfolg einstellen: eine allmähliche Wert- und Kaufkraftsteigerung der Mark.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß wir bereits, was ja aus den Indexziffern und aus verschiedenartigen Zusammenstellungen des Handels einwandfrei hervorgeht, schon seit längerem für

zahlreiche Artikel des täglichen Bedarfs eine Preissteigerung haben, die sich natürlich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage und aus der gesunkenen Kaufkraft ergab. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung können, wenn sie nützen sollen, die natürliche Entwicklung höchstens ergänzen. Sie haben sich vor allem gegen zwangswirtschaftliche Maßnahmen privater Natur durch Preisartikelle zu wenden, müssen also elastisch, defensiv und unterstützend auf die Preisbewegung einwirken. Und ähnlich muß die Zwangsbewirtschaftung von Löhnen im Interesse einer logischen Senkung der Selbstkosten eingeschränkt werden, soweit das Leistungsprinzip, der natürliche und gesunde Maßstab, dabei vernachlässigt und geschädigt wird. Zusammenfassend ist davor zu warnen, daß man Wunder erwartet. Es ist unmöglich, daß nun auf Kommando alles besser wird. Im Gegenteil, es kann, wie schon dargelegt, zunächst nicht ohne Opfer für den Einzelnen und den einzelnen Berufsstand gehen. Die aus der Senkung der Selbstkosten zu erwartende Belebung des Wirtschaftslebens, die natürlich auch nicht von heute auf morgen kommen kann, wird dem Gesamtvolk und damit auch dem einzelnen als Ernte einer richtigen Ausdauer fühlbar werden.

Seit langem ist man bemüht, den Kohlmotor, der ein billigeres und ungefährlicheres Brennmaterial verbraucht und überhaupt rationeller und betriebssicherer arbeitet, an Stelle des Benzinmotors zu setzen. Die Hauptschwierigkeit besteht jedoch darin, daß der Kohlmotor für die gleiche Leistung schwerer konstruiert werden muß als der Benzinmotor. Bekannt sind die bereits erfolgreichen deutschen und amerikanischen Versuche, leichte Diesel-Flugzeugmotore zu bauen, wie auch das neue Zepplinflugzeug wegen der Feuergefahr neben Seltumfüllung Kohlmotore erhalten soll. In der Automobilindustrie ist man in der Ausrüstung von Lastkraftwagen mit Kohlmotoren am weitesten fortgeschritten, während der Personenkraftwagen wohl noch lange den leichteren Benzinmotor trotz seiner Nachteile behalten wird. Die Daimler-Benz AG. wies auf das steigende Interesse hin, daß in der Wirtschaft ihrem Dieseldiesel für Lastzwecke entgegengebracht wird, indem die Firma auf Grund ihrer jahrelangen Versuche einen offensichtlichen Vorprung gewonnen hat. Das Ausland hat wegen der bis 70 Proz. betragenden Brennstoffersparnis verschiedentlich Lizenzverträge mit der Firma abgeschlossen, die ja in Baden (Gaggenau) ihren Lastkraftwagenbau pflegt. Ihr gesamter Kraftfahrzeugumsatz betrug im vergangenen Geschäftsjahr rund 50 Mill. Reichsmark, und nach dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1930 wird festgestellt, daß sich der Anteil des Dieseldiesels am Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht hat. Die Berliner städt. Verkehrsgesellschaft will nun mit Schwerdieselmotoren ausgerüstete Autobusse einführen, nachdem sich ein derartiges Fahrzeug im regelmäßigen Streckenverkehr durchaus bewährt hat und beträchtliche Ersparnisse in Aussicht stellt. Auch wegen der Brennstoffverknappung durch den Spritbeimischungszwang könnte der Kohlmotor steigende Bedeutung gewinnen.

Dem Verbrennungsmotor bei Kraftfahrzeugen entsteht neuerdings durch die — Dampfmaschine Konkurrenz, nicht durch die alte, sondern durch neue in Amerika ausgebildete Bauarten, die auf Ölfeuerung beruhen, nicht mehr Bedienung bedürfen als ein Motor und sozusagen ständig betriebsfertig sind. Sie haben außerdem den Vorteil, daß bei der hohen Elastizität des Dampftriebs Getriebe und Kupplung fortfallen können. Eine andere neuartige Bestrebung, die bereits bei den französischen Mandätern, aber auch auf gewöhnlichen Lastkraftwagen in Deutschland erprobt wurde, ist die, durch Erzeugung von Gas, selbst aus grünem Holz, während der Fahrt den Betriebsstoff für gewöhnliche Verbrennungsmotoren zu gewinnen und solche Lastwagen von der Benzinversorgung unabhängig zu machen. Es handelt sich hier freilich um eine Einrichtung, die nur für längere Fahrten brauchbar ist. Nachteile sind: längere Anheizdauer, Anbringung einer geringeren Überlegung am Wagen und das immerhin hohe Gewicht des mitzuführenden Generators und Brennstoffs.

Der Chemiker Straßenbahnerstreik ist endgültig zusammengebrochen. Bereits am Mittwoch war die Bahn wieder in Betrieb. Die Direktion hat die Entlassung aller Streikenden verfügt. Darunter befindet sich auch der kommunistische Betriebsrat. Von 1400 Angestellten hatten etwa 220 gestreift.

Maschinengewehre bei den Kommunisten entdeckt. In Wasserburg (Oberbayern) hat die Polizei Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen und dabei in einem Holzschuppen eines Kommunistenführers in einer Kiste verpackt vier schwere Maschinengewehre mit sämtlichem Zubehör entdeckt.

Zu politischen Zusammenstößen kam es in Kassel zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten. Ein eingreifender Polizeibeamter erhielt einen Messerstich durch die Oberlippe.

Bei Erwerbslosenfundgebungen in Berlin kam es am Donnerstag zu Zusammenstößen. Die Demonstranten bewarfen die Beamten mit Pfastersteinen. Ein Beamter wurde leicht verletzt. Erst unter Anwendung des Gummiknüppels gelang es der Polizei, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Die auf dem Pappelplatz vorhandenen Gemüserestabfälle wurden bei den Tumulten zum Teil ausgeplündert.

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten hat laut Schätzungen der Gewerkschaften fast fünf Millionen erreicht. Dieses bedeutet einen Zuwachs der Arbeitslosen um 360 000 gegenüber dem Vormonat Oktober. Man befürchtet, daß sich die Arbeitslosigkeit bis zum Februar noch um 50 Proz. erhöhen werde.

Die Kassererin des Stadttheaters in Bries, Dietrich, wurde Donnerstag abend, als sie sich mit der Theaterkasse nach Hause begab, von Banditen überfallen und ermordet. Es wurde eine Aktentasche mit 200 RM Inhalt geraubt. Die Täter entkamen unerkannt.

Die Aussprache im Reichstag Die Donnerstagsitzung

Im Reichstag begann, wie gemeldet, am Donnerstag die Aussprache über den Etat für 1931 in Verbindung mit der Debatte über die inzwischen überholte alte und neue Notverordnung. Damit sind wiederum die Anträge verschiedener Parteien auf Aufhebung der Notverordnung, sowie Mißtrauensentwürfe gegen das Reichskabinett und der bekannte „Vertrauensantrag“ der Nationalsozialisten verbunden. Die Situation und die zahlenmäßige Verstärkung der Oppositionsparteien ließen eine Redeschlacht erwarten, die alles bisherige überbot. Es kam aber anders. Selten ist eine Etatdebatte so ruhig und so nüchtern verlaufen, wie die Donnerstagsitzung. Selbst bei den Oppositionsredern der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen kam es zu keinerlei Zwischenfällen.

Der sozialdemokratische Redner, Keil, erklärte, daß die Sanierungspläne des Kabinetts nicht den Beifall der Fraktion gefunden hätten. Wir werden beim Etat der Reichswehr größte Sparanficht wünschen, aber eine Verminderung der Reichswehr wollen wir nicht, da die anderen Staaten bisher nicht den ersten Willen zur Abrüstung gezeigt haben. Es bleibt jetzt nichts übrig, als alle Kraft auf die Milderung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung zu konzentrieren. Die Regierung hat in diesen Punkten Änderungen vorgenommen, die sich zum Teil mit unseren Wünschen decken. Inzwischen hat sich die Notlage so verschärft, daß bei einer weiteren Verzögerung der Sanierung die Zahlungsfähigkeit des Reiches in Frage gestellt, und damit die Gefahr einer Störung der öffentlichen Ordnung heraufbeschworen werde.

Abg. Zorger (N.) kündigt Anträge auf ein Kartell- und Monopolgezetz, Maßnahmen gegen den Wohnungsminderer und schärfere Erfassung der Lantien und der Spekulationsgewinne an.

Abg. Feder-Sachsen (N.) erklärt, seine Partei wolle durch ihr Vertrauensvotum den Reichstag zu einer klaren Entscheidung nötigen. Die Nationalsozialisten seien durchaus nicht Gegner der Republik. Sie werden ihr gerne dienen, wenn Adolf Hitler einmal an ihrer Spitze stehe. (Lachen links.) Die Angst der Novemberverbrecher vor der Abrechnung wache. Wir beantragen dagegen die Wegweisung der Bank- und Börsengewinne, die Einziehung der Kriegsgewinne und scharfe Maßnahmen gegen Schieber und Bucherer. Wir fordern die Ablehnung des Dawes- und Youngplans. Wir erkennen das Privatigentum an und wollen es unter staatlichen Schutz stellen. Selbstverständlich erkennen wir auch das Erbrecht an. Wir sind gegen die Sozialisierung der produzierenden Wirtschaft, aber wir wollen die Verstaatlichung von Banken, Verkehr und Geldwesen. Wir wollen keineswegs den soliden Privatbankier oder den ehrbaren Kaufmann ausschalten. Die Rammulsongerne müssen natürlich verschwinden. Deutschland wird in Zukunft nationalsozialistisch oder kommunistisch sein, was dazwischen ist, wird zerrieben.

Reichsfinanzminister Dietrich: Die Zinsenkung wird am besten dann erreicht, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich stabil wird. Das erste Mittel dazu ist die Annahme des vorgelegten sparsamen Etats. Wir leiden auch darunter, daß zwar nicht das Reich, aber die deutsche Wirtschaft kurzfristige Auslandsschulden hat. Darum wollen wir durch eine Sanierung der Reichsfinanzen das Vertrauen des Auslandes wiederherstellen. Alle Regierungen haben sich bemüht, die Finanznot zu beheben. Es mögen dabei manche Fehler gemacht worden sein, aber ich verahre mich dagegen, daß man irgendeiner Regierung gerabugu hochverräterische Haltung zum Vorwurf macht. Wenn Abg. Feder Deutschlands Gesamtverschuldung auf 50 bis 60 Milliarden ansetzt, so überieht er, daß auch der Siegerstaat England 50 Milliarden Schulden hat. Die Inflation ist nicht verdröckerisch gemacht worden, sondern sie ist die Folge des Krieges gewesen.

Abg. Stöber (N.) polemisiert gegen die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten.

Abg. Erting (N.) richtet an die Nationalsozialisten die Frage, warum von ihnen nicht ein klares Sanierungsprogramm an Stelle des von ihnen bekämpften Regierungsprogramms vorgetragen werde. Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg habe auf sein Liebeswerben um die Nationalsozialisten von dem Organ des Dr. Goebbels die Antwort erhalten, die Nationalsozialisten wollten nichts zu tun haben mit dem stinkenden Misthaufen einer verwerfenden bürgerlichen Partei. Die Sparanficht darf nicht zu weit gehen. Der „Kampf gegen den Marxismus“ richte sich in Wirklichkeit gegen die Sozialpolitik. Die praktischen Marxisten sitzen weniger bei der Sozialdemokratie als bei den Reichen um Hugenberg, wo Bankrott, Stahlrott und andere Riesenzonernen wüten. Minister Dietrich sollte vor allem in seinem Finanzministerium mit einem energischen Abbau beginnen. Die Verwaltungsausgaben müßten sich um mindestens eine Milliarde herabsetzen lassen. Die Schuld an der Aufblähung des Verwaltungsapparates tragen die Parlamente, die es veräumt haben, den großen Apparat der Kriegszwangswirtschaft rechtzeitig abzubauen.

Abg. Dr. Bang (Ntl.) erhob Einspruch dagegen, daß die Rechte des Reichstages der Verfassung zuwider verweigert würde. Gestört werde der innere Markt Deutschlands durch die Erfüllungspolitik und durch eine falsche Wirtschaftspolitik. Die früheren Überschüsse seien verwirktet. Deutschland lebe nun von der Verschleuderung seiner Vermögenswerte und von immer neuen Bankkrediten. Der Redner schließt mit dem Ruf: Lieber eine nationalböllische Diktatur als eine rote!

Der Reichskanzler, der, wiederum zum Eingreifen bereit, an seinem Plak war, brauchte die für Donnerstag erwartete Rede nicht zu halten.

Für die Aufhebung der Notverordnung erklärte sich die Landvolkpartei, obwohl sie dem Ernährungsminister Schiele Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit aussprach.

In der Sitzung wurde auch ohne Aussprache die Vorlage in allen drei Lesungen angenommen, durch die der Zinsfuß für Aufwertungshypothen auf 7½ Proz. festgesetzt wird.

Der von der Wirtschaftspartei eingebrachte Mißtrauensantrag ist nur von 18 der 23 Mitglieder der Fraktion unterzeichnet; u. a. fehlt die Unterschrift des Justizministers Dr. Bredt und des Abg. Colosser.

Die heutige Sitzung

In der heutigen Freitagsitzung sprach zunächst der Abg. Rippel (Christl. S.). Er begrüßte es, daß der Reichskanzler sich nicht in unerquicklichen Verhandlungen ergebe, sondern klar und zielbewußt handle. Bessere Vorschläge als die der Regierung habe man in der Aussprache nicht gehört. Tributentstellung und Enteignung der Börsenfürsten seien Seifenblasen, die verplatzen, wenn man zusehe. Dringend notwendig sei vor allem auch die Sanierung der Gemeinden. Die Parteiherrschaft auf den Rathäusern habe der Selbstverwaltung das Grab gegraben. Es sei unerträglich, wenn z. B. ein Oberbürgermeister im Wuppertal über 80 000 RM und der Regierungspräsident des besetzten Bezirks 18 680 RM Gehalt beziehe. Während bei der Post auf die 1200 Beamten vier leitende Beamte kommen, habe die Stadt Bochum deren 57. Wir müssen un-

ser Volk erst fähig machen für einen Kampf um die Revision der Tributzpflichten und um die Freiheit.

Abg. Drewis (Wirtschaftsp.) führte aus, daß man in der Inflation mit sozialistischen Experimenten damals den Zustand herbeigeführt hatte, daß das verarmte Deutschland weit über seine Verhältnisse lebe. Von den Nachfolgern Lutherks und Schliebens seien die angeammelten Meßerben verpulvert worden. Wir haben immer die Ausgaben senken geordert, aber man ist uns nicht gefolgt. Die Regierung müsse sich energisch gegen die Beamtenorganisationen wenden, die jetzt der Wirtschaftspartei die Verantwortung aufbürden wollen und zum Boykott der Geschäfte auffordern, deren Inhaber Wirtschaftsparteiler sind.

Wenn die Regierung jede Änderung ihrer Notverordnung ablehnt, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die ganze Notverordnung abzulehnen. Die Preissteigerungsaktion ist Spiegelfechterei. Die Konsumvereine haben erklärt, daß sie die Preise nicht weiter senken könnten. Die wenigen guten Bestandteile der Notverordnung werden bei weitem überwogen durch die für uns unannehmbaren Bestimmungen.

Abg. Rauch-Wünnen (Bayr. Sp.): Es kommt alles darauf an, daß wir Preise, Gehälter und Löhne gleichmäßig senken. Man darf nicht einseitig den einen dieser Faktoren herausgreifen. An die Stelle des Rufes „Die Beamten fressen uns auf!“ ist inzwischen die Erkenntnis getreten, daß die Beamten zu denen gehören, die uns die Ware abtaufen. Die Aufblähung des Beamtenapparates ist in erster Linie durch das Parlament verschuldet worden. Eine Überfüllung herrscht auch im Kleinergewerbe.

Abg. Dr. Weber (Staatsp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die der Besorgnis darüber Ausdruck gibt, daß binnen kurzer Zeit das Parlament, zweimal auf sein Gesetzgebungsrecht verzichtend, über die Not dreifacher Schichten verlangte rasches Handeln. Lebhaftige Bedenken beständen gegenüber den neuen Vorschlägen. Die Staatspartei werde die Bedenken im einzelnen zurückstellen und der Notverordnung zustimmen.

Sturz der französischen Regierung Rücktritt Lardieu

Das französische Kabinett Lardieu ist am Donnerstag bei der Abstimmung einer einfachen Tagesordnung im Senat mit 139 gegen 147 Stimmen in die Minderheit geraten und dadurch gestürzt worden. Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen.

Die Sitzung des Senats fand unter außerordentlich großem Andrang statt. Der Interpellant, der Senator Gery, kam u. a. eingehend auf den Duffrie-Standal zu sprechen, den er als eine unausbleibliche Folge der krankhaft übersteigerten Spekulation bezeichnete. Das Parlament werde keine Ableitung und keine Verursachung dulden, denn die Verantwortung für die Begünstigung der Duffrie-Schiebungen falle, wie die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungskommission zeigten, auf das Kabinett in seiner Gesamtheit. Gery griff aber auch die Außenpolitik der Regierung gegenüber Deutschland an und machte ihr den Vorwurf, daß sie den Senat nicht über die Stimmung in Deutschland richtig aufklärt habe.

Schwierige Entwirkung der Krise

Paris, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Die Entwirkung der Krise wird hier als sehr schwierig bezeichnet, einmal wegen der Diskrepanz, die zwischen Senat und Kammer infolge ihrer verschiedenen Zusammensetzung besteht, und andererseits weil, nachdem Poincaré kategorisch erklärt hat, daß er die Konzentration nicht mache, zugegeben werden muß, daß allzu viel Männer von großem Prestige, die eine Zusammenfassung aller bürgerlichen Elemente zustandbringen könnten, nicht vorhanden sind.

Die Mehrheit, die gestern Lardieu im Senat gestürzt hat, ist eine Minderheit in der Kammer. Logischerweise müßte also, da die Sozialisten sich wohl kaum an einer Regierungsbildung beteiligen würden (also ein Kartell der Linken nicht in Frage käme) der Versuch gemacht werden, den Chautemps feinerzeit machte und der unglücklich ausgefallen ist, nämlich den Versuch, ein linksgerichtetes radikales Minderheitskabinett zu bilden, dem als Unterstützung vielleicht die Fraktion Loucheur, die radikale Linke, zugeführt werden könnte. Etwas derartiges scheint gewagt. Chautemps Regierung wurde am Tage ihres Entstehens vor dem Parlament von der Kammer gestürzt. Andererseits würde ein Kabinett der Konzentration die Sozialisten jedenfalls, wenn es von den Radikalen bis einschließlich der Gruppe Maginot geht, in die schärfste Opposition treiben, wozu sie sich schon deshalb veranlaßt fühlen könnten, weil sie genau wie die übrigen Parteien daran denken müssen, daß 1932 Neuwahlen stattfinden und daß schon von Beginn der kommenden großen Parlamentsession 1931 an die Vorbereitung der Wählermassen in Angriff genommen werden muß.

Paris, 5. Dez. (Tel.) Der Sturz des Kabinetts Lardieu wird von der Mehrheit der Presse als Vorboten der Schaffung der republikanischen Konzentration bezeichnet. Der „Matin“ sagt, daß Poincaré der Mann sei, der am ersten für die Durchführung dieser schwierigen Aufgabe in Frage komme. In den Wandelungen des Senats habe sich Poincaré allerdings dagegen geäußert und nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses erklärt, es sei eine schwerwiegende Abstimmung gewesen. Das „Petit Journal“ sagt: Keinesfalls könne es sich darum handeln, das Linkskartell wieder zu bilden. Poincaré habe allerdings formell erklärt, er könne unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Anforderungen der Übernahme der Regierung auf sich nehmen. Es habe also den Anschein, daß die Krise recht langsam und schwierig zu lösen sein werde.

Die französischen Militärkredite wurden am Donnerstag in der französischen Kammer mit 445 gegen 150 Stimmen angenommen.

Allgemeiner Bergarbeiterstreik in England abgelehnt. Die Bergarbeiter haben, wie aus London gemeldet wird, den Vorschlag eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks in ganz England mit 280 000 gegen 209 000 Stimmen abgelehnt.

Washington zur Youngrede. Zu der gemeldeten Rede Youngs wird im Schatzamt zu Washington amtlich erklärt, daß keine fremde Regierung bisher die Vereinigten Staaten bezüglich einer Revision der Kriegsschulden angegangen habe. Der augenblickliche Zeitpunkt müsse für eine Schuldentrevision als ungeeignet angesehen werden.

Die neue polnische Regierung. Der polnische Staatspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und die Mitglieder des neuen Kabinetts ernannt. Ministerpräsident ist Slawek, Kriegsminister Pilsudski.

Der Metallstreik für Pommern, der eine Lohnsenkung von ungefähr 6 Proz. ergibt, ist mit Wirkung vom 15. Dezember 1930 für verbindlich erklärt worden.

Badischer Teil

Zum 70. Geburtstag des früheren badischen Finanzministers Dr. Rheinboldt

Der Staatspräsident hat dem früheren badischen Finanzminister Dr. Rheinboldt zur Vollendung des 70. Lebensjahres die Glückwünsche der Regierung ausgesprochen.

Der Finanzminister der früheren großbadischen Regierung Dr. Joseph Rheinboldt ist 1860 in Singheim geboren. 1884 wurde er Finanzpraktikant, 1890 Finanzassessor bei der Zollverwaltung, 1892 Finanzrat, 1900 Reichsbevollmächtigter für Zölle und Steuern in Magdeburg, in demselben Jahre Geh. Finanzrat. 1906 erfolgte sein Übertritt in den Reichsdienst, 1909 wurde er Ministerialdirektor im badischen Finanzministerium und stellvertretender Bevollmächtigter im Bundesrat mit dem Wohnsitz in Berlin. Im Jahre 1910 wurde Dr. Rheinboldt badischer Finanzminister. Bei der Staatsumwälzung erfolgte sein Rücktritt mit dem damaligen Kabinett von Bodman. Dr. Rheinboldt war hierauf als deutscher Generalkonsul in Zürich tätig bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand. Er ist Ehren doktor der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg.

Badischer Landtag

Politische Aussprache im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss des Badischen Landtags hat am Donnerstag seine Beratungen begonnen. Er behandelte zunächst eine Reihe von Anträgen der Kommunisten, die das große Gebiet der Arbeitslosigkeit betrafen. Von Regierungsseite wurde dargelegt, daß die Anträge der Kommunisten ungeheure Summen erforderten und dafür keine Mittel zur Verfügung ständen. Allein der Antrag auf Notstandsmaßnahmen und Winterbeihilfe hätte vom Lande Baden 17 Millionen Reichsmark beansprucht. Der Berichterstatter Abg. Heib (Sozdem.) teilte mit, daß nach dem derzeitigen Stande bei den verschiedenen Zweigen der sozialen Fürsorge 147 000 Renteneinpfänger mit 178 000 Unterhaltsberechtigten vorhanden sind.

über die Finanzlage des Staates

gab die Regierung bekannt, daß der durch die Mindereinnahmen entstehende Ausfall mehrere Millionen Reichsmark betrage und auch durch die Gehaltskürzung keine ausreichende Deckung finden würde. Es sei weiter bisher nicht möglich gewesen, die schwebende Schuld des Staates zu verringern, so daß weitere Ausgaben nicht beantwortet werden könnten. Ein Antrag des Abg. Volkshaus verlangte von der Regierung weitgehende Heranziehung der badischen Arbeitslosen zu Kultivierungsarbeiten. — In der Aussprache wurde vom Sprecher des Zentrums darauf hingewiesen, daß die Notstandsarbeiten in Württemberg sehr viel umfangreicher als in Baden wären. Man müsse das von der badischen Regierung Geleistete anerkennen, aber es könne noch etwas mehr getan werden. — Ein sozialdemokratischer Redner erinnerte daran, daß die badischen Gemeinden schon seit Jahren gezwungen worden seien, größere Ausgaben für Notstandsarbeiten zu machen, da die Arbeitslosigkeit in Baden seit Jahren größer als in Nachbarlande Württemberg sei.

Bei Erörterung des Arbeitslosenproblems kam es zu teilweise

schärfen Auseinandersetzungen

zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien, der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten. Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, nur durch ruhige Weiterarbeit könnten nur die schwierigen Aufgaben unserer Zeit gelöst werden. Deshalb müsse man die Maßnahmen der Reichsregierung unterstützen. Der Sprecher der Nationalsozialisten entgegnete, daß die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf das Kabinett Brüning als das reaktionärste Kabinett bekämpft habe. — Der Sprecher der Deutschen Volkspartei vertrat die Auffassung, daß durch die nationalsozialistische Unruhepolitik unsere wirtschaftliche Entwicklung schwer geschädigt und die Wirtschaftskrise wesentlich verstärkt worden sei. Seit dem Anmarsch der radikalen nationalsozialistischen Agitation sei das Vertrauen z. B. der schweizerischen Geldgeber zur ruhigen Entwicklung in Deutschland so stark erschüttert worden, daß heute kaum mehr schweizerische Kredite an Deutschland und Baden gegeben würden. Für große Teile der badischen Wirtschaft an der Schweizer Grenze seien diese Kredite aber eine Lebensfrage. Nur durch ruhige Aufbauseit könne Deutschland die jetzigen Schwierigkeiten überwinden. — Der

Redner der Wirtschaftspartei erklärte, man müsse die neuen Parteien, vor allen Dingen auch die Nationalsozialisten, zu praktischer Arbeit heranziehen, dann würde sich sehr rasch zeigen, daß die Nationalsozialisten kein brauchbares Programm hätten.

In der Nachmittagsitzung

wurde das Notgesetz betr. Übernahme einer Bürgschaft des Landes für ein von der Badischen Lokaleisenbahn-AG. in Karlsruhe aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 100 000 Reichsmark beraten. Die wirtschaftliche Krise hatte der Pleag ein wachsendes Defizit gebracht. Der Kreis Karlsruhe ist zur Zeit nicht in der Lage, die Sanierung vorzunehmen. Deshalb mußte nach Ausführungen des Finanzministers die Regierung einbringen, um die Weiterführung des Betriebes zu ermöglichen. — Ein Redner der Sozialdemokratie wünschte Erhöhung der Bürgschaft auf 150 000 M. Von volksparteilicher Seite wurde betont, daß man gegenüber Bürgschaften im Hinblick auf frühere Erfahrungen vorsichtig sein müsse. — Um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wurde die Abstimmung ausgesetzt.

Dann folgte die Abstimmung über die kommunistischen

Anträge zur Arbeitslosigkeit

usw., die mit allen Stimmen gegen die Stimme des nationalsozialistischen Vertreters sämtlich abgelehnt wurden. Einmütige Annahme fand ein Antrag der Koalitionsparteien betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ebenso ein Abänderungsantrag zur Krisenfürsorge.

Hierauf berichtete Abg. Seibert (Zentr.) über die in der Zeit vom 4. Juni bis 20. November erteilten Administrativkredite. Die Zuschüsse für Notstandsarbeiten wurden einstimmig genehmigt, der Zuschuß zum akademischen Olympia für den Fall beschloß, daß das Olympia in Karlsruhe stattfindet. Auch der Betrag von 500 000 M für den Freiburger Klinikbau fand nachträgliche Genehmigung.

Aus dem Arbeitsplan des Landtags

Der Haushaltsausschuss konnte am Donnerstag seine Tagesordnung aufarbeiten, so daß nun die kommenden Tage für Fraktionsitzungen frei sind. Im Laufe der nächsten Woche wird der Rechtsplegeausschuss die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über Änderungen der Beamtenrechte vornehmen, so daß aller Voraussicht nach das Plenum in der übernächsten Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, den 17. Dezember, zu einer Weihnachtsitzung zusammentritt, um das in den Ausschüssen zur Erledigung gekommene Material zu verabschieden.

Achtet auf die Bahnschranken!

Am Donnerstagsabend gegen 20 Uhr fuhr bei Warrstation 77 der Rheintalbahn bei Rastatt ein Motorradfahrer in die geschlossene und ordnungsmäßig beleuchtete Wegschranke. Der Motorradfahrer wurde erheblich verletzt und mußte ins Krankenhaus Rastatt verbracht werden.

Es ist dies im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe im laufenden Jahre der 40. Fall, daß Kraftfahrer durch unbefugtes Überfahren Wegschranken durchbrachen und ihr Leben aufs Spiel setzten.

25 Jahre Heilstätte Nendeln

Die vom Badischen Landesverband gegen den Alkoholismus gegründete und betriebene Heilstätte für Alkoholiker bei Nendeln kann in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Im ihre Errichtung haben sich vor allem verdient gemacht Ministerialdirektor Dr. Fuchs und Nervenarzt Dr. Neumann in Karlsruhe. Als erster Hausvater und Verwalter wirkte Freiherr Anton von Reifferscheid, der im Mai 1909 durch Verwalter Andreas Streich abgelöst wurde. Ärztlich betreut wurde die Heilstätte in den 25 Jahren jeweils von einem Psychiater der Heil- und Pflanzanstalt Jlenau.

Das Grundstück der Heilstätte umfaßt heute 4 Hektar Bodenflecke. Die Anstalt diente während des Krieges als Reservelazarett, und in den Sommermonaten 1917—1920 zur Unterbringung von Karlsruher und Wiener Ferienkinder. Im Frühjahr 1919 wurde die Behandlung Alkoholkranker wieder aufgenommen. Die schwere Arbeit, für die in unserem Volk im allgemeinen sich noch recht wenig Verständnis zeigt, war an Enttäuschungen und bitteren Erfahrungen reich, aber trotzdem erfolgreich und sichtbar gesegnet. In diesen 25 Jahren wurde die Anstalt von mehr als 900 dem Trünke verfallenen Männern aufgesucht, und viele von ihnen konnte zu körperlicher und seelischer Genesung verholfen werden. Die Zahl derer, denen das Haus im wahren Sinne des Wortes eine „Stätte des Heils“ geworden ist, wird von Jahr zu Jahr größer.

Eugen Reith: Bagabund im Orient. Eine bunte bewegte Reise von Indien nach Bagdad. Mit Bildern von B. Fink. (Stuttgart, Französischer Verlagshandlung, 1930. 160 S. 8°. Ganzleinen 4,80 M.) — Man spürt es auf jeder Seite — dies Buch ist nicht erfunden, diese Abenteuer sind erlebt. Der phantastische Zauber orientalischer Landschaft und Leidenschaft durchzieht dies Buch, und die klare, laute Mannhaftigkeit dessen, der in Glück und Unglück, in Gefahren, Abenteuern, in Entbehrung und Genuß immer sein eigenes Selbst zu bewahren und zu bereichern weiß. Das macht das Buch, dem schöne Tafelbilder von Bob Fink beigegeben sind, so hinreißend, so begehrenst- und lebenswert.

Das neue Bastelbuch. Neue Folge Bd. 4. Ein Wegweiser für Handfertigkeit, Spiel und Arbeit. (192 S. mit über 500 Bildern. 4,80 M. Französischer Verlagshandlung, Stuttgart.) — Mit einfachen Mitteln, aus billigem Material und aus Sachen, die sonst für Kumpellkammer und Schuttkasten bestimmt wären, die schönsten, brauchbarsten Dinge herzustellen zu können, das ist wirklich eine Sache, die immer wieder die Schöpferfreude eines Bastlers lockt. Deshalb wird auch dieses Jahr das altbewährte Bastelbuch große Beliebtheit bei den Bastlern finden.

Fritz Steuben: Der fliegende Pfeil. Mit vielen Zeichnungen von Professor Anton Hoffmann, vielen bildlichen Darstellungen indianischer Waffen, Geräte, Kleidungsstücke im Text, 10 Tafelbildern nach alten Stichen und Gemälden und zwei vierfarbigen Hauptporträts nach Originalen im Kriegsmuseum zu Washington. (Stuttgart, Französischer Verlagshandlung, 1930. 160 S., 8°, Ganzleinen 4,80 M.) — Steuben ist ein Indianerergähler, der Deutsch kann und menschliche Charaktere schildert, die jedem echten Jungen ans Herz wachsen werden. Die Bilder des Buches verdienen besonders hervorgehoben zu werden. Da sind passende, künstlerisch wertvolle Textillustrationen von Professor Hoffmann, Wäuden, Abbildungen indianischer Waffen, Geräte, Kleidungsstücke (sehr interessant), ferner zwei farbige Porträts berühmter Hauptlinge und außerdem noch acht schwarze Kunstdrucktafeln nach alten Gemälden und Stichen. Diesen „fliegenden Pfeil“ werden unsere Jungen bald begeistert lieben und auch vorsichtige Eltern werden ihn gern als Geschenk wählen.

Aus der Landeshauptstadt

Anmeldungen zur Notgemeinschaft. Um eine geregelte Abfertigung zu gewährleisten, können bei den bekanntgegebenen Anmeldestellen vorerst nur Anträge von solchen Notleidenden aufgenommen werden, deren Familien aus 4 oder mehr bedürftigen Personen bestehen, oder in deren Familien besondere Verhältnisse (schwere Krankheit, hohes Alter usw.) vorliegen. In erster Linie kommen zur Zeit durch die Notgemeinschaft Kartoffeln an die bedürftigen Familien zur Verteilung.

Krebsbekämpfung. Herr Dr. Wetterer, der Präsident des Deutschen Bundes für Krebsbekämpfung, der Redner in den 4 Jahreszeiten, wird auf besonderen Wunsch vieler Mitglieder des Bundes seine neue Anschauung über die Bekämpfung der Magen-Darmkrebs vortragen, eine Anschauung, die allen, auch der reiferen Jugend, von hohem Nutzen sein dürfte. Die mechanische Wirkung des Gallensaftes im Darms, das rein mechanische Moment in der Entstehung dieser in der modernen Zeit so häufigen Krebse (50 Proz.) ist es, das dem Redner zur Zeit der plausibelste Faktor ist. Ist die Anschauung Wetterers richtig, so ist es jedem ein leichtes, sich gegen Magen-Darmkrebs zu schützen und sich ein herrliches Gefühl des Wohlbehagens zu verschaffen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. Dezember		4. Dezember	
	100	100	100	100
Amsterdam 100 G.	168.59	168.93	168.58	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.02	112.24	112.02	112.24
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.95	21.99
London . . . 1 Pfd.	20.337	20.377	20.34	20.38
New York 1 D.	4.1890	4.1970	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.459	16.499
Schweiz . . 100 Fr.	81.145	81.305	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	58.955	59.075	58.96	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.424	12.444

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 2. Dezember d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,8580 pence.

Neuer Vergleichsvorschlag der Stolzenberg AG., Baden-Baden. Die Gesellschaft, die bekanntlich wegen Kündigung einer Auslandshypothek ihre Zahlungen einstellen und einen Liquidationsvergleich anstrebte, unterbreitet jetzt ihren Gläubigern einen neuen Vergleichsvorschlag. Hiernach sollen Forderungen bis 250 M innerhalb zwei Monaten nach rechtskräftiger Bestätigung des Vergleiches voll bezahlt werden. Forderungen von 250 M bis 6000 M sollen 30 Proz. in bar und 30 Proz. in Büromöbeln erhalten, und zwar letztere aus den Lagerbeständen, befristet innerhalb dreier Monate nach Vergleichsrechtskraft. Forderungen über 6000 M sollen 30 Proz. in bar und 25 Proz. in Aktien der Gesellschaft erhalten, die von dem Großaktionär zur Verfügung gestellt werden. Die Barquoten sind in Raten mit ein Fünftel im 4., 5. und 6. Monat nach Rechtskraft des Vergleiches, der Rest in sechs gleichen Monatsraten zahlbar, deren erste drei Monate nach Ablauf des 6. Monats fällig wird.

Messingwerke Schwarzwald AG., Bilingen. Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression konnten nur 75 Proz. des normalen Umsatzes bei der Gesellschaft erreicht werden, dazu kamen noch die Kurztürze auf dem Metallmarkt, so daß es ratsam erschien, die vorhandenen Metallvorräte vorzüglich zu bewerten. So erklärt es sich, daß der ausgewiesene Verlust in Höhe von 334 446 M per 5. Juli 1930 weniger ein Fabrikations- als ein durch die allgemeine Lage des Metallmarktes bedingter Konjunkturverlust ist. Auch in der Messing-Spritz-Guß-Abteilung konnte der Umsatz nicht erhöht werden. Im Vorjahr war noch ein Reingewinn von 61 020 Reichsmark erzielt worden, aus dem 4 Proz. Dividende verteilt worden waren. Im neuen Geschäftsjahr waren die ersten drei Monate erheblich besser, als die Monate des Vorjahres, doch befürchtet die Verwaltung, daß nach Erledigung der Weihnachtsaufträge diese Belebung aufhören wird.

Internationales Zellstoff-Übereinkommen. Wie von beteiligter Seite verlautet, hat sich dem in Stockholm am 22. Oktober 1930 von den Ländern Finnland, Norwegen, Schweden, Memelland, Tschechoslowakei und Deutschland ratifizierten Übereinkommen über eine 15prozentige Produktionsbeschränkung von Sulfat-Zellulose in einer am 4. Dezember d. J. in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz auch Österreich angeschlossen nachdem die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Zellstofffabriken ihren Beitritt erklärt haben.

Curwood, J. D.: Billo, Sohn von Wotan. Mit acht Tafelbildern. (Stuttgart, Französischer Verlagshandlung, 1930, 200 S., 8°. Ganzleinen 4,80 M.) — Dies ist der prachtvolle Roman des Hundes Billo, der ein halber Wolf ist, denn seine Mutter war eine Wölfin. In großartiger, packender Darstellung schildert Curwood, der sich in diesem Buch wahrhaftig zum Dichter erhebt, wie die Tiere des Hundes zu seiner Herrin, einer jungen Indianerin im Norden Kanadas, in der Gefahr, immer wieder durchbricht, wie schließlich der Hund in seiner Seele den Sieg davonträgt als Billo nach langem Räuberleben das indianische Mädchen wiederfindet und sie in höchster Not vor ihrem brutalen Verfolger rettet.

Elisabeth Walter: Abenteuerliche Reise des kleinen Schmiedleidi mit den Zigeunern. (Freiburg im Breisgau 1930, Herder. In Halbleinen 3,80 M.) — Dieses Buch wünscht sich als Lese für alle Schulbuben, Schulmädchen, Lehrer und Lehrerinnen, ferner alle Menschen, die ein Herz haben für die liebe Jugend und für unser Land, schließlich alle, die weiter nichts wollen als schöne Bücher lesen. Ein Buch aus dem Hohenwald wird von den Zigeunern kreuz und quer durch das badische Land geführt. Er lernt dessen mannigfaltige Landschaft kennen und erfährt viel, was er wissen möchte und was man lernen muß.

„... topp und schlacks, die beiden Färchen“, Text von Dr. Herbert Roth, Bilder von E. A. Müller. (Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G. m. b. H., Dresden — A 1, Quart. kart. 3 M.) — Ein richtiges Bilderbuch, mit bunten lustigen Bildern, mit knappen, einprägen Berichten. Das ist zunächst einmal die Hauptfahne an dieser Neuerscheinung, denn die Voraussetzung für das, was der Herausgeber sich vorgenommen hat, ist: daß das Buchlein als amüsantes Spielgerät von den Kindern angenommen wird. Daß dabei, und zwar wirklich ganz nebenbei, die Kinder alles mögliche Hygienische lernen und erfahren, das war allerdings die Absicht der Herausgeber. Daß mit Hilfe dieses Bilderbuches die hygienische Erziehung bis ins Kleinkindesalter vordringt, das ist von Herzen wärmstens zu begrüßen. Wir alle haben es in unserer Kinderzeit noch erlebt, welche Standardfiguren, der Suppenkasper, der bitterböse Friederich, in der deutschen Familie waren. Nun hoffen wir, daß die Färchen topp und schlacks auch solche Standardfiguren werden!

Bücher für die Jugend

Durch die weite Welt. Ein Buch, das die Jungen lieben. Band VIII. (Französische Verlagshandlung, Stuttgart.) — Ein ganz vorzügliches Jugendbuch, famos ausgestattet, für den billigen Preis von 6 M gebunden! Ein Bild in dieses Buch überzeugt davon, daß man jedem Jungen eine große Freude bereitet, wenn man ihm „Durch die weite Welt“ schenkt. Wer ein tüchtiger Kerl und keine Zimperle ist, wer von ordentlichen Abenteuern hören will, außerdem aber auch was Neues werden und was Vernünftiges lernen will, der wünscht sich dieses schönen Band. In bunter Folge wechseln spannende Erzählungen, spannende Aufsätze aus Natur, Sport und Technik (denn darüber können die Jungen nie genug hören!), Rätsel- und Denkaufgaben, Berichte über Reisen in allen Teilen und Ländern der Erde. Der Band hat rund 500 Bilder!

Gebrüder Grimm: Märchen. Mit einem farbigen Titelbild von Karl Mühlmeister und Buchschmuck von Robert Weise. Geb. 2 M. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Der bestverkaufte Jugendbuchverlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart gibt neue Ausgaben der Märchen von Andersen, Grimm, Hauff und Musäus heraus zu einem erstaunlich geringen Preis. Die Bände zeichnen sich durch klaren Druck aus und sind schön gebunden. Durch ihre vielen, teils farbigen Bilder werden sie den kleinen Lesern große Freude bereiten.

Gugo v. Waldeder-Bark: Mein Feld die Welt. Leben und Abenteuer eines Seefahrers bei der Reichsmarine. Mit 26 Bildern von W. Malchin und A. Koloff. (Neuster, 41. Band der Kamerad-Bibliothek.) In Leinen geb. 4 M. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Der Eintritt eines jungen, sportgesunden und von regem Wissensdrang besessenen Menschen in die Reichsmarine, seine erste Ausbildung an Land und an Bord des Schulschiffes „Niobe“, vor allem aber seine Erdumsegelung auf einem schnittigen Schulschiff geben der Erzählung Inhalt und Leben. Wie es bei der Reichsmarine aussieht, wie das Ausland deutsche Kriegsschiffe aufnimmt, wie es sich selber nach dem Kriege darstellt, das alles wird mit großer Sachkenntnis, voller Ernst, aber auch mit Humor geschildert.

Sonntag von 11-6 Uhr geöffnet!

Das ist doch angenehm, wenn man alle Weihnachts-Einkäufe in einem Hause erledigen kann, umso mehr wenn man gewiß ist, dort stets reiche Sortimente und ausgewählte Qualitätswaren vorzufinden!

Und die Preise??

Die Firma Hermann Tietz, der größte Warenhaus-Konzern Europas im Eigenbesitz, erzielt durch ihre Einkaufsmacht, sowie durch die zahlreichen eigenen Einkaufshäuser Vorteile, die restlos der Kundschaft zugute kommen!

Das bürgt für Leistungen!



Alpacca-Silber-Bestecke

sind wertbeständige, Freude bereitende und vor allem auch nützliche Weihnachtsgeschenke. Kaufen Sie indeß nur Markenfabrikate, diese bieten Gewähr für größte Haltbarkeit. Wollen Sie gut und preiswert kaufen, kommen Sie vertrauensvoll zu mir

KARL HUMMEL
STAHLWARENSPEZIALGESCHÄFT • WERDERSTR. 13

Weihnachts-Verkauf zu zeitgemäß bedeutend herabgesetzten Preisen!

Nur Qualitätsware:

Weißweine, Rotweine, Süd-Weine, Schaumweine, Weinbrände, Edelbranntweine des Schwarzwaldes, Rum, Arrac, Liköre, Punsch-Essenzen

Die beliebten und praktischen

Geschenk-Körbe u. Kistchen

in jeder Preislage und Zusammenstellung

MAX HOMBURGER

Detailgeschäft: Kaiserstrasse 124a

340 Telefon

Telefon 340

Der „Deutsche Bund für Krebsbekämpfung“ im

„Kampf dem Krebs!“

berankaltet einen

populär-medizinischen Lichtbildervortrag (neue Originalien): Herr Dr. J. Wetterer-Mannheim, Präsident d. Bundes, spricht unter dem Motto: „Arbeiten und nicht verzweifeln“ über folg. Themen (in Ergänzung und Fortführung des Juni-Cyclus, damals „Vier Jahreszeiten“): „Meine neuesten Fortschritte der modernen Radiumbehandlung“, insbesondere auf dem Gebiete der Brust-, Zungen-, Magen-Darmkrebs. Wie können wir die Magen-Darmkrebs, die bereits 50% aller Krebse ausmachen, verhüten? Mitglieder des Naturheil-, des Kneipp- und des homöopathischen Vereins erhalten bei Vorzeigen der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt.

Vier Jahreszeiten: Samstag, 6. Dezember, abends 8 Uhr
Eintritt 1 RM., Studierende 50 Pf., Unbem. frei.

Ertrag für arme Krebskranke



Lebensbedürfnisverein

Kohlenpreisabschlag

Entsprechend der Preisermäßigung des Kohlsyndikats haben wir unsere

Kohlenpreise ab heute **herabgesetzt!**
wesentlich

Die neuen Preise sind in unseren Verteilungsstellen und an unserer Kasse Roonstraße 28 zu erfragen

ABGABE NUR AN MITGLIEDER • DER VORSTAND

9 803

N. 124. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ludwig Feldmann in Karlsruhe, ist zur Anhörung der Gläubiger über den Antrag auf Einstellung des Verfahrens Termin bestimmt auf: Mittwoch, den 17. Dezember 1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, I. Stod. Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, den 3. Dezember 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

N. 125. Bruchsal. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Anton Herbst, Zigarrenfabrik in Forst wurde auf Antrag des Firmeninhabers mit Zustimmung der Gläubiger eingestellt.
Bruchsal, 3. Dez. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts IV.

Offenburg. N. 126 Güterrechtsregister eintrag Bd. I S. 65: Karl Friedrich Wilhelm Götter, Versicherungsbeamter in Offenburg und Maria geb. Killius: Vertrag vom 17. Juli 1930 Gütertrennung.
Offenburg, 2. Dez. 1930. Amtsgericht III.

Offenburg. N. 127 Güterrechtsregister eintrag Bd. II S. 125: Wilhelm Gindel, Kraftwagenführer, Altenheim und Maria Katharina geb. Sutter. Vertrag vom 10. Mai 1930 Gütertrennung unter vollständigem Ausschluß der Verwaltung und Nutzung des Ehemannes.
Offenburg, 29. Nov. 1930. Sed. Amtsgericht III.

Ettlingen. N. 128 Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 111. Johann Kasper, Schleifer in Ettlingen und Angelika geb. Schwan. Vertrag vom 27. November 1930: Gütertrennung.
Ettlingen, 2. Dez. 1930. Amtsgericht.



Badisches Landestheater
Samstag, den 6. Dez. 1930
Nachmittags
Zum ersten Mal
Der große Christoph
Weihnachtsmärchen
von Ulrich von der Trend
Regie: v. d. Trend.

Mitwirkende:
Vertram, Ermath, Frauentorfer, Genier, Seiling, Schreiner, Guse, Kurr, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Zuff, Kühne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, Luther, Rivinius, Seibert.
Anfang 15 Uhr Ende 17 Uhr
I. Rang
und I. Speerfuß 3 RM.

Abends:
* B 9 Th.-Gem. 1401-1500
Die Prinzessin und der Eintänzer
Lustspiel von Engel und Grünwald
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Ermath, Frauentorfer, Genier, Karl, Nyhoff, Nademacher, Seiling, Guse, Heber, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Kuehle, Kühne, Mehner, Müller, Prüter, Grimm, S. Kieninger, Luther, S. Müller, Seibert.
Anfang 20 Ende 22.15
Preise A 0,70-5 RM

So. 7. 12. Nachmittags: Der große Christoph.
Abends: Jar und Zimmermann. Im Reiz: Meine Schwester und ich, No. 8.12. Die Nibelungen. I. und II. Abtg.

Formulare

und
sämtliche
Drucksachen
für Behörden
liefert
prompt und
preiswert

G. Braun g.m.b.H.

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 14-18
Telephon 952-54

Gut und billig gekleidet durch die elektrische SINGER und deren Hilfsapparate Für jeden Haushalt unentbehrlich
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Werderplatz 42